

Nr. 18/102

Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sicherstellen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. November 2011
(Drucksache 18/95)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2011**

(Drucksache 18/115)

Dieser Tagesordnungsordnungspunkt wird ausgesetzt.

Nr. 18/103

Wahl von sechs Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und Stellvertreter des Staatsgerichtshofs:

Prof. Hans Alexy, Richter am Oberverwaltungsgericht Bremen

1. Stellvertreter: Wolfgang Grotheer, Vizepräsident des Landgerichts Bremen
2. Stellvertreterin: Sascha Karolin Aulepp, Richterin am Amtsgericht Bremen

Prof. Dr. Elke Gurlit, Universität Mainz

1. Stellvertreterin: Sabine Heinke, Richterin am Amtsgericht Bremen
2. Stellvertreter: Dr. Hubertus Baumeister, Rechtsanwalt, Bremen

Uwe Lissau, Präsident des Amtsgerichts Bremerhaven

1. Stellvertreter: Dr. Jochen Bachmann, Rechtsanwalt, Bremen
2. Stellvertreter: Adolf Claussen, Direktor des Arbeitsgerichts Bremen/
Bremerhaven

Prof. Dr. Barbara Remmert, Universität Tübingen

1. Stellvertreter: Peter Friedrich, Richter am Oberlandesgericht a. D., Bremen
2. Stellvertreter: Dr. Thomas Brinkmann, Rechtsanwalt und Notar, Bremen

Prof. Dr. Ute Sacksofsky, Universität Frankfurt/M.

1. Stellvertreter: Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, Universität Bremen
2. Stellvertreter: Dr. Klaus-Dieter Schromek, Vorsitzender Richter am Landgericht Bremen

Prof. Dr. Sabine Schlacke, Universität Bremen

1. Stellvertreter: Theodor Schelhowe, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht a. D., Bremen
 2. Stellvertreter: Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, Bremen
2. Stellvertretendes Mitglied gemäß § 2 Absatz 3 Satz 2 BremStGHG:
Karin Goldmann, Präsidentin des Landgerichts Bremen

Nr. 18/104

Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gewissenhaft erfüllen werde.“

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten den Eid mit folgenden Worten:

Herr Prof. Alexy: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Frau Prof. Dr. Gurlit: „Das schwöre ich.“
Herr Lissau: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Frau Meyer: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Frau Prof. Dr. Remmert: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Frau Prof. Dr. Sacksofsky: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“
Frau Prof. Dr. Schlacke: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Nr. 18/105

Logistikstandort Bremen stärken – dem Feldversuch für Gigaliner beitreten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. November 2011
(Neufassung der Drucksache 18/83 vom 1. November 2011)
(Drucksache 18/91)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/106

Bundeswehr an Schulen im Land Bremen – Art und Umfang der Werbeoffensive

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 21. September 2011
(Drucksache 18/59)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 2011

(Drucksache 18/80)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/107

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Oktober 2011
(Drucksache 18/70)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/108

Fünfter Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 25. März 2011

(Drucksache 17/1709)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem fünften Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/109

Stellungnahme des Senats zum Fünften Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 16. August 2011

(Drucksache 18/33)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum fünften Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/110

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Fünften Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 25. März 2011 (Drs. 17/1709) und zur Stellungnahme des Senats vom 16. August 2011 (Drs. 18/33) vom 6. Oktober 2011

(Drucksache 18/71)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/111

Sanierungsprogramm 2012 bis 2016 der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 5 Absatz 1 des Stabilitätsratsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2011

(Drucksache 18/72)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/112

Nachhaltigkeit der europäischen Fischereipolitik sichern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 12. Oktober 2011

(Drucksache 18/75)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. November 2011

(Drucksache 18/109)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die positiven Vorschläge der Europäischen Kommission in Richtung einer nachhaltigen Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäi-

schen Union, sieht aber gleichzeitig, dass diese Vorschläge noch nicht ausreichend sind, um eine nachhaltige Nutzung der Fischereibestände zu gewährleisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, folgende Positionen im Bundesrat und in den europäischen Gremien zu vertreten:

- Die Haltung der Kommission, die aktuelle Praxis des Fischfangs zu überdenken und dabei für die Zukunft auf eine umfassende Nachhaltigkeit zu setzen, ist zu unterstützen. Richtig ist der Ansatz, dabei künftig das Prinzip des maximalen nachhaltigen Ertrags zu verfolgen, um die Bestandslage in den nächsten Jahren wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, die Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten und wirtschaftliche und soziale Aspekte langfristig zu verbessern. Dies setzt voraus, dass die Fangkapazitäten an die Bestandsgrößen angepasst werden; hierzu fehlt es noch an Vorschlägen.
- Positiv ist auch die Absicht, verstärkt auf wissenschaftliche Daten und Empfehlungen zu setzen, um Fangmengen festzusetzen und Vorschriften und Kontrollen noch besser umsetzen zu können.
- Die Überlegungen der Kommission, die Rückwürfe zu reduzieren und die Fischerei zu verpflichten, in der Regel den Gesamtfang anzulanden, gehen in die richtige Richtung. Jedoch müssen die Fischereitechniken auch im Allgemeinen noch deutlich verbessert werden. Finanzielle Anreize für die Entwicklung und den Einsatz Beifang vermeidender Fischereitechnik wären sinnvoll.
- Richtig ist auch das Vorhaben der Kommission, die Rolle der Makroregionen im Bereich der Fischereiorganisation zu stärken und so die unterschiedlichen Gegebenheiten und Interessen deutlicher zu berücksichtigen.
- Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen in Zukunft umfassender über Fischereierzeugnisse informiert werden, um so selbst durch den Einkauf nachhaltige Fischerei zu unterstützen.
- Die Ausweisung von fischereifreien Meeresschutzgebieten, die maßgeblich zum Aufbau der Fischbestände und zur Erholung zerstörter Lebensräume beitragen könnten, ist dringend erforderlich, fehlt aber in den Vorschlägen der Kommission.
- Die bestehende Praxis der Subventionierung der Fischerei in der Europäischen Union erfordert eine weitreichende Überarbeitung. Sie muss stärker daran orientiert sein, die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik zu erreichen.
- Beim Abschluss von internationalen Fischereiabkommen ist auch bei Verträgen mit Drittländern sicherzustellen, dass die Nahrungsquelle Fisch nachhaltig erhalten bleibt.

Nr. 18/113

Drittes Gesetz zur Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 2011

(Drucksache 18/77)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/114

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner und über die europäische Verwaltungszusammenarbeit

Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 2011

(Drucksache 18/78)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/115

Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesbauordnung

Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 2011

(Drucksache 18/79)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/116

Frauenhäuser bedarfsdeckend finanzieren – Zugang für alle Betroffenen ermöglichen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 1. November 2011

(Drucksache 18/85)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/117

Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder überprüfen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU

vom 10. November 2011

(Neufassung der Drucksache 18/114 vom 9. November 2011)

(Drucksache 18/119)

Der Senat wird aufgefordert,

1. zu überprüfen, ob das bestehende Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder die flächendeckende, qualifizierte Unterstützung, Begleitung und den Schutz betroffener Frauen und ihrer Kinder sicherstellt.
2. zu prüfen, ob die Qualifikation der Beratenden und die finanzielle Ausstattung der Hilfeeinrichtungen ausreichen, um allen Hilfe suchenden Frauen frauen- und gewaltspezifische Beratung, Begleitung und Unterstützung zu gewährleisten.
3. dem Gleichstellungsausschuss innerhalb von sechs Monaten einen Bericht über die Ergebnisse der Evaluation vorzulegen und darzustellen, wie eventuell identifiziertem Handlungsbedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des fünften Berichts der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ entsprochen werden kann.

Nr. 18/118

Versprechen einlösen – UNHCR-Flüchtlinge aufnehmen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 2. November 2011

(Neufassung der Drucksache 18/82 vom 1. November 2011)

(Drucksache 18/98)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres und Sport.

Nr. 18/119

Für eine neue stichtagsungebundene Bleiberechtsregelung

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 3. November 2011

(Drucksache 18/103)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/120

Eine wirksame Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. November 2011
(Drucksache 18/113)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weiterhin die Ermessensspielräume Bremens zum Abbau der verbliebenen Kettenduldungen mit dem Ziel auszuschöpfen, einen vollständigen Verzicht auf Kettenduldungen zu erreichen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auch weiterhin für eine wirksame und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz einzusetzen, die unter anderem

- a) eine deutliche Senkung des Betrags zur eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes vorsieht und
- b) insbesondere Personen in hohem Alter, mit körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheiten einbezieht.

Weiterhin fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, dass Bremen sich in der Innenministerkonferenz im Dezember 2011 für eine Übergangslösung für diejenigen einsetzt, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe haben und die Voraussetzungen zum 1. Januar 2012 nicht erfüllen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Deputation für Inneres und Sport binnen drei Monaten nach Beschlussfassung über seine Bemühungen zu berichten.

Nr. 18/121

Transparenz in Ausschüssen und Deputationen weiterentwickeln

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. November 2011
(Drucksache 18/92)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstands Kenntnis.

Nr. 18/122

Bericht über die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. November 2011
(Drucksache 18/93)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht über die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz mit den weiteren Anlagen an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen, an die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau zur weiteren Beratung und gegebenenfalls Berichterstattung.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) beteiligt sich weiter an der Ostseeparlamentarierkonferenz und entsendet zwei Vertreter und Vertreterinnen.
3. Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht und den weiteren Anlagen Kenntnis.

Nr. 18/123

Abschlussbericht Kommunikationskampagne für das neue Bremer Wahlrecht zur Bürgerschaftswahl im Mai 2011

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 1. November 2011
(Drucksache 18/94)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstands mit dem Abschlussbericht über die Kommunikationskampagne zur Bürgerschaftswahl 2011 Kenntnis.

Nr. 18/124

Radikalenerlass in Bremen aufheben!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. November 2011
(Drucksache 18/97)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die „Richtlinien über das Verfahren bei Feststellung des Erfordernisses der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“, Fassung vom Februar 1983, aufzuheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in geeigneter Weise mit den Betroffenen einen ideellen Abschluss zu suchen.

Nr. 18/125

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 3 vom 4. November 2011

(Drucksache 18/104)

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt die Behandlung der Petition L 17/831 aus. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der übrigen Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/126

Kindeswohlsicherung stärken und Kinder wirksam vor Drogenumfeld schützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. November 2011
(Drucksache 18/106)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend.

Nr. 18/127

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Einrichtung einer Stiftung „Sozialer Zusammenhalt“
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. November 2011
(Drucksache 18/86)
2. Kostenlose Verhütungsmittel für Leistungsberechtigte
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. November 2011
(Drucksache 18/102)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. November 2011
(Drucksache 18/107)

